

dert. Dies könnte bis zu einem gewissen Punkt generell für die Praxis der bayerischen Sozialdemokratie gelten. Die Voraussetzungen für die Umwandlung in eine »Volkspartei« waren, wie auch die spätere Entwicklung zeigte, noch nicht gegeben. Zu fragen ist auch, ob die politische Entwicklung in Bayern und Süddeutschland während des Kaiserreichs trotz partieller parlamentarischer und sozialer Erfolge wirklich als Alternative zum preußisch-deutschen Sonderweg interpretiert werden kann. Nicht nur der besondere Verlauf der Revolution 1918/19 in Bayern, sondern auch die Entwicklung zu einer Hochburg des Rechtsradikalismus in den Jahren danach lassen Zweifel an der oft recht optimistischen Beurteilung der bayerischen Vorkriegsverhältnisse aufkommen.

Unabhängig von diesen Einwänden entspricht die Bielefelder Habilitationsschrift, die schon durch ihre Materialfülle beeindruckt, in hohem Maße den Anforderungen, die an eine methodisch differenzierte, ausgewogene Untersuchung zur Regional- und Sozialgeschichte zu stellen sind. Auch wenn man sich nicht allen Wertungen des Verfassers anschließen will, zählt die Arbeit zu den herausragenden Publikationen auf dem Gebiet der Parteiengeschichte. Insbesondere wird sie die Diskussion über die Ausbildung der verschiedenen Zentren und Regionen der Sozialdemokratie durch aufschlußreiche Vergleichsmöglichkeiten beleben.

*Ilse Fischer, Bonn*

Rainer Ostermann (Hrsg.), Freiheit für den Freistaat. Kleine Geschichte der bayerischen SPD, Klartext Verlag, Essen 1994, 330 S., brosch., 19,80 DM.

Zwar betont Renate Schmidt im Vorwort, daß die Autoren der kleinen Parteigeschichte mit dem programmatischen Slogan »Freiheit für den Freistaat« den Versuch unternommen haben, in einer »historisch kontinuierlichen und geschlossenen Darstellung« mehr als hundert Jahre Entwicklung eines sozialdemokratischen Landesverbandes zu präsentieren, dennoch läßt sich dieser Anspruch nach der Lektüre des 300 Seiten starken Buches nicht aufrechterhalten. Willy Albrecht, Hartmut Mehringer, Rainer Ostermann und Leo Hausleiter haben in höchst unterschiedlicher Weise die wichtigsten historischen Etappen der bayerischen SPD dargestellt und reflektiert und sich dabei verschiedener Methoden bedient, wie die chronologisch angelegte Darstellung im ersten, eine mehr thematisch verengte im folgenden zweiten Teil. Biographische Skizzen repräsentativer Nachkriegspolitiker wie Wilhelm Hoegner, Waldemar v. Knoeringen und Hans Jochen Vogel finden sich im dritten Teil, der äußerst knapp die Entwicklung der Partei von ihrer Wiedergründung im Jahr 1945 bis zur Wiedervereinigung skizziert. Leo Hausleiters Ausblick benennt recht willkürlich spezifische Krisensymptome der gegenwärtigen SPD.

Kenntnisreich und klar im sprachlichen Duktus beschreibt der Bonner Historiker Willy Albrecht im ersten Kapitel die Entwicklung des bayerischen Regionalverbandes von seiner Gründung im Jahre 1892 bis zum Sturz der Regierung Hoffmann, der sich 1920 im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch vollzog. Georg von Vollmar, der charismatische Führer in der Anfangsphase, hatte mit seiner an der Realität orientierten Reformpolitik im ständigen Konflikt mit August Bebel gelegen, der zeitlebens auf die revolutionäre Aktion setzte und seine bayerischen Genossen wegen ihrer gemäßigten Politik gegenüber der königlichen Regierung vehement kritisierte. So bemerkte er einmal süffisant: »In München wandelt keiner auf die Dauer ungestraft unter den Maßkrügen. In München gehen die stolzesten Parteisäulen nach einer Zeit zu Grunde.« Während die Reichs-SPD bis zum Ersten Weltkrieg den Konfrontationskurs im kaiserlichen Deutschland suchte, konnte die Partei Vollmars durch ihre konsequente Reformpolitik – z. B. in Fragen des Wahlrechts – Erfolge verzeichnen, auch wenn sie sich damit in noch stärkeren Gegensatz zur Gesamtpartei stellte.

Im Weltkrieg zerbrach die Einheit der Partei an der Frage, inwieweit man die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland unterstützen sollte. Der Berliner Redakteur Kurt Eisner mutierte vom Befürworter der Kriegskredite zum Führer der bayerischen USPD, die sich wegen der Bewilligungspolitik der Mehrheitssozialisten abgespalten hatte, und erlangte vor allem große Popularität während des Münchner Rüstungsarbeiterstreiks im Januar 1918 und als »Vater der bayerischen Revolution«, in deren Verlauf die traditionsreiche Wittelsbacher Monarchie von seiner sozialistischen Koalitionsregierung aus MSPD und USPD abgelöst wurde. Albrecht teilt die modische Eisner-Begeisterung nicht, er berichtet sachlich über die politischen Defizite während der kurzen Regierungszeit des provisorischen Ministerpräsidenten. Nach der Ermordung des charismatischen Führers der Münchner Linken bildete der Mehrheitssozialist und Kultusminister des Kabinetts Eisner, Johannes Hoffmann, ebenfalls eine sozialistische Koalitionsregierung, die von BVP und den Liberalen toleriert wurde. Die Radikalisierung Bayerns, die in der Proklamation einer kommunistischen Räterepublik und im Kampf Hoffmanns gegen den organisierten Linksextremismus gipfelte, wird knapp skizziert und angemessen bewertet. Mit dem Sturz Hoffmanns endete die erste Phase der Politik nach 1918, in der sich die bayerische SPD in Regierungsverantwortung befand.

Die Oppositionspolitik dieser Partei in den zwanziger Jahren wird von Hartmut Mehringer vornehmlich anhand repräsentativer Wahlergebnisse dargestellt. Welche politischen Impulse von der bayerischen SPD ausgingen, vor allem, wie ihr Kampf gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus aussah, darüber erfährt der Leser nichts. Man hätte zumindest erwarten können, daß das Engagement des langjährigen Landesvorsitzenden Erhard Auer, der nach dem Hitler-Putsch sozialdemokratische Selbstschutzorganisationen aufbaute (»Auer-Garden«), angemessen gewürdigt wird. Mehringer, ein Kenner des sozialdemokratischen Widerstandes während des Dritten Reiches, beschreibt und analysiert dagegen sachkundig und souverän die Oppositionspolitik der SPD im Untergrund, vor allem die vielfältigen Aktivitäten der Grenzsekretäre, die von der nahegelegenen Tschechoslowakei aus operierten und illegale Literatur im Reichsgebiet verbreiteten. Hans Dill und Waldemar von Knoeringen, der Grenzsekretär für Südbayern, waren die prominenten Vertreter des sozialdemokratischen Widerstandes, der sich in den »Neu Beginnen«-Gruppen eine organisatorische Plattform schuf. Der Leser kann sich recht gut über die sozialdemokratischen Aktivitäten informieren, da Mehringer eine übersichtliche Typologie der einzelnen Widerstandsgruppen und ihrer spezifischen politischen Vorstellungen entwickelt. Sein Beitrag schließt mit der Wiedergründung der bayerischen SPD nach 1945, die sich zuerst im lokalen Bereich vollzog und in München vornehmlich von Thomas Wimmer vorangetrieben wurde.

Die Entwicklung der bayerischen Sozialdemokratie von 1945 bis ins Jahr 1990 skizziert Rainer Ostermann unter drei Aspekten: Er untersucht Zielvorgaben und Parteiprogrammatik, beschreibt die politischen Aktivitäten der SPD in Regierung und Opposition und analysiert die Ergebnisse repräsentativer Landtagswahlen. Knapp und präzise werden die wichtigsten Ereignisse referiert, problematisch dagegen sind die eingestreuten Reflexionen zur Ideologie und politischen Taktik einer Oppositionspartei. Wilhelm Hoegners vielfältige Aktivitäten als Regierungschef – vor allem seine verfassungspolitischen Initiativen – werden dagegen sachgerecht dargestellt; sie lassen im Rückblick erkennen, wie weitblickend und kreativ die bayerische SPD in den fünfziger Jahren war. Als Spiritus rector sozialdemokratischer Politik in jener Zeit erwies sich Waldemar von Knoeringen, dem die Partei in Fragen der Kultur- und Wissenschaftspolitik wesentliche Impulse verdankte und der auch die Godesberger Wende von 1959 maßgeblich beeinflusste. Nach dem Ende der berühmten »Viererkoalition« aus SPD, FDP, BP und BHE unter Hoegner mußte sich die Partei mit der bis heute andauernden Oppositionsrolle im bayerischen Staat zufrieden geben. Im außerparlamentarischen Feld gelang es der SPD dagegen, durch wichtige Volksbegeh-

ren für die »Gemeinschaftsschule« und über die »Rundfunkfreiheit« beachtliche Erfolge zu erzielen, indem sie es verstand, relevante gesellschaftliche Gruppierungen aus unterschiedlichen politischen Lagern in ihre Aktion einzubinden.

Leo Hausleiters als politische Perspektive verstandenes Schlußkapitel nennt und bewertet einige Krisensymptome der bayerischen SPD wie organisatorische Defizite, mangelnde Präsenz in gesellschaftlichen Gruppen, ein gespaltenes Verhältnis zu den bestehenden Bürgerinitiativen, und er beleuchtet am Beispiel der Asyldebatte von 1992 spezifische Merkmale sozialdemokratischer Politik im Schnittpunkt von Pragmatik und Ideologie. Nützlich für den Leser sind ein tabellarischer Überblick am Ende des Bandes zur Geschichte der »BayernSPD« und eine Auflistung ihrer wichtigsten Repräsentanten.

*Diethard Hennig, Langensendelbach*

Frank von Auer / Franz Segbers (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich – Weimarer Republik – Bundesrepublik Deutschland, Bund Verlag, Köln 1994, 298 S., geb., 68 DM.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung nehmen die Gewerkschaften, wie die Herausgeber dieses Sammelbandes unterstreichen, einen prominenten Platz ein. Allerdings monieren von Auer und Segbers eine Verengung auf die freigewerkschaftlich-sozialdemokratische Tradition und auf den Sozialkatholizismus. »Der sozial engagierte Protestantismus wird ausgeblendet. So geraten sozial engagierte evangelische Christen unter eine doppelte Verkürzung. Zum einen wird die Gewerkschaftsgeschichte auf den freigewerkschaftlichen Hauptstrang verengt. Zum anderen werden evangelische Christen ins Abseits gedrängt, wenn der Beitrag von Christen auf katholisch-sozial verkürzt wird.« (S. 8) Diesem Mangel möchte der Sammelband abhelfen. Entstanden ist er aus Vorträgen, die auf einer von der Hans-Böckler-Stiftung und der Evangelischen Sozialakademie Friedewald organisierten Tagung gehalten wurden. Als Tagungsanlaß diente die Erinnerung an das Gründungsjahr der Christlichen Gewerkschaften 1894. Daß an der Wiege der Christlichen Gewerkschaften Katholiken standen, muß man im Blick auf die evangelische Zielsetzung des Bandes wohl als kleinen Schönheitsfehler bezeichnen. Der Verweis auf die Teilnahme evangelischer Arbeiter- und Knappenvereine an der Gründung von 1894 ändert daran nicht viel.

Von kurzatmiger protestantischer Apologetik halten sich die Beiträge fern. Der Wert des Bandes besteht in dem Versuch, einen Bogen über drei politische Kulturen bzw. Epochen – das Kaiserreich, die Weimarer Republik und die Bundesrepublik – hinweg zu schlagen. Durchgängig soll das Vorurteil widerlegt werden, der deutsche Protestantismus habe zur Gewerkschaftsbewegung »kein konstruktives Verhältnis« gefunden. »Das mag«, unterstreicht Günter Brakelmann in seinem Eröffnungsbeitrag zum Kaiserreich, »für die offiziellen Verlautbarungen der evangelischen Kirchenleitungen gelten, aber nicht für die Repräsentanten der evangelisch-sozialen Bewegung im 19. Jahrhundert.« (S. 17) Da der kaiserzeitliche Sozialprotestantismus einigermaßen gut erforscht ist, halten sich in diesem Teil des Bandes die Innovationen in Grenzen. Vielleicht wäre hier ein forschungsgeschichtlicher Überblick nützlicher gewesen als die nochmalige Darbietung von gut bekannten Entwicklungen. Die Zeit des Kaiserreichs ebenso ausführlich wie die Weimarer Republik und die Bundesrepublik Deutschland zu behandeln, ist wohl dem Anliegen geschuldet, ein historisch gleichsam flächendeckendes Panorama zu entrollen.

Trotz dieser kritischen Bemerkungen sei nicht verkannt, daß Teil I Weiterführendes enthält. Hervorzuheben ist der Beitrag von Franz Segbers über »Die Kirche und die Arbeitskämpfe« (S. 92 ff.). Bislang deutlich weniger bearbeitet als das Kaiserreich sind die Jahre